

Ein Glückspiel entscheidet über Tausende von Euros im Jahr!



Editorial	4	Literaturtipps	
Bundesteilhabegesetz		Ratgeber für behinderte ArbeitgeberInnen und solche, die es werden wollen	40
Im Gespräch mit Wolfgang Schäuble	5	ForseA intern	
Verzögerungstaktik als Handlungsprinzip	6	Neues Beratungsangebot der Vereine MMB und ForseA	41
Kabinettsbeschluss für Mai geplant	8	Aus den Rundmails	42
Offener Brief an die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag - ForseA e.V.	10	Impressum	44
Matthias Grombach war vier Jahre im Altenheim	12	Wir begrüßen als neue Mitglieder	44
Austausch zum Bundesteilhabegesetz mit Verena Bentele in München	15	Adressen	44
Rückenwind aus der CSU	17	eMail-Adressen	44
Strukturelle Zufallsdiskriminierung behinderter Menschen	19	Deutschlandkarte	45
Katalog von Zumutungen	20	Unser Vorstand	46
Raul Krauthausen bei Jung & Naiv	21	Beitrittserklärung	47
Teilhabe statt Täuschung – Brief an Abgeordnete	21	Satzungsauszug	48
UN-Behindertenrechtskonvention		KURZ und BUNT - Einträge auf Facebook	
Stellungnahmen zum 3. Dezember	22	Zu dem CDU-Lokalpolitiker Daniel Wilms	9
Blockade für bessere Übersetzung der UN-Konvention	23	Ebenfalls zu Wilms	9
Zwiespältiges Urteil des LSG NRW aus 2014 zur Assistenz	24	Nach den Skandalen von Koblenz und Clausnitz	14
Ich muß ins Krankenhaus ... und nun?		Zum ZDF-Beitrag „Das Recht auf Assistenz“ http://tinyurl.com/zvx6h67	18
Krankenhaus als Todesfalle für behinderte Menschen	26	Zum Budgetdenken der Kostenträger	23
Geschichten aus Absurdistan		Unsägliche Praxis der Krankenkassen	25
Mitwirkungspflicht bei Erbschaft	28	Zur Informiertheit der SachbearbeiterInnen von Kostenträger	25
Behindertengleichstellungsgesetz		Zu den Falschmeldungen auf Facebook	25
Rechte statt Absichtserklärungen!	30	Zu Sozialamt und Behinderung	27
Menschenrechte kein Spielball	30	Zum Budgetdenken der Kostenträger	27
Verena Bentele kritisiert Gesetzentwurf	31	Zu einer Petition „Kein Ausschluss behinderter Kinder vom schulischen Ganztagesangebot“	29
Persönliches Budget		Zum Bewusstseinswandel im Sinne des Artikel 8 der Behindertenrechtskonvention	29
Persönliches Budget ist Jugendamt Dorn im Auge	33	Zu Hilfsmittel von Privaten Krankenversicherungen	32
Volker Mau: Nie mehr in eine Einrichtung	34	Zur Abschaffung der Heizkostenanrechnung beim „zumutbaren“ Eigenanteil	32
Verschiedenes		Zur Vorabveröffentlichung eines Entwurfes des Teilhabegesetzes	37
Behindertenpolitik konsequent gestalten	36	Zum Mangel an barrierefreien Toiletten in Gaststätten	37
Thüringens neuer Beauftragter	36	Zum ersten Westsächsischen Stammtisch für behinderte ArbeitgeberInnen in Zwickau	41
LIGA Selbstvertretung gegründet	38	Zu den anhaltenden Falschmeldungen auf Facebook	42
Kämpfer für Barrierefreiheit wird	39	Zu Honorarkräften in der Assistenz	43
		Zur AfD	43

Nichts über uns!



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Leserinnen und Leser,

ginge es nach dem Koalitionsvertrag, säßen wir nun bereits seit Monaten über dem Entwurf zum Teilhabegesetz. Aber die Regierung verfolgt andere Pläne. Noch immer gibt es keine autorisierte Veröffentlichung. Eine Version macht die Runde, die unter dem Siegel der Vertraulichkeit ihren Weg durch ganz Deutschland fand. Diese lässt Böses ahnen. Dennoch nimmt niemand dazu Stellung, denn es ist ja nicht auf normalem Weg veröffentlicht worden. Genau dieser Slalom lässt befürchten, dass hier auf üble Weise getrickst werden soll. Und zu allem kommt noch hinzu, dass die Zeit für Diskussionen und Anhörungen auf diese Weise künstlich verknappt wird.

Am Ende werden wir froh sein müssen, wenn wir überhaupt etwas zu schlucken bekommen, auf die Größe der Kröte kommt es dann nicht mehr an. So rechnet man es sich wohl im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) aus. Die Frage ist, ob für diesen an

Ernsthaftigkeit mangelndem Umgang mit den Rechten der Menschen mit Behinderung unsere Abgeordneten die Hand heben. Sind wir dafür zigmal nach Berlin einbestellt worden, haben seitenlange Stellungnahmen erstellt, haben engagiert diskutiert?

Wir stellen uns die Frage, ob am Ende unsere Abgeordneten für dieses „Macht“werk, welches eindeutig gegen Artikel 3 Grundgesetz und dessen Interpretation des Bundesverfassungsgerichtes verstößt, die Hand heben und, als wäre es noch nicht genug, damit gegen geltendes Menschenrecht (Behinderntenrechtskonvention der Vereinten Nationen UN-BRK) stimmen werden.

Kann sich jemand im BMAS oder im Bundestag in unsere Lebenswelt hineinversetzen? Wir, die wir selbst betroffen sind, wurden nun seit 2009 hingehalten. Meine Frau Elke, die 2008 starb, warnte uns ausdrücklich davor, dass die Politik ein falsches Spiel probieren würde. Sie gab uns auf, Freunde zu suchen. Sie hatte Recht, allerdings nur im Umkehrschluss. Seit über zwei Jahrzehnten arbeite ich nun ehrenamtlich für Menschen mit Assistenzbedarf. Nie gab es einen Punkt, an dem man sich zurücklehnen konnte. Diese Zeit war geprägt vom permanenten eigenen Kampf um Assistenz, immer wieder auch vor Gerichten. Aber auch für unzählige andere Menschen, die sich gegen einen mächtigen Kostenträger nur mit Hilfe von ForSeA zur Wehr setzen konnten. Die Behindertenrechtskonvention war unsere letzte Hoffnung, auf lange Jahre Verbesserungen zu erreichen. Dafür werden wir streiten mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Wer sind diese Menschen im BMAS und in den Parlamenten, die immer noch der Ansicht sind, sie könnten über Menschenrechte befinden, auch über das Tempo, mit dem sie uns diese Rechte gewähren? Es ist zwar richtig, dass die Rechtsprechung viel weiter ist als die Gesetzgebung. Aber zunächst halten sich die Kostenträger gegen geltendes Recht an die Sozialgesetzbücher. Sie wissen, dass ein Großteil der behinderten Menschen weder die Zeit noch das Geld hat, den Klageweg, auf dem sie irgendwann Recht bekommen würden, durchzuhalten. Das, liebe Mitglieder, ist Politik gegen den eigenen Verfassungsauftrag, gegen den eigenen Amtseid!

Ohne den Inhalt des Gesetzentwurfes näher zu kennen, möchte ich einen Punkt herausgreifen, der aufzeigt, dass das BMAS fern jeder Wirklichkeit operiert. Die „Verbesserung“ bei der Einkommens- und Vermögensenteignung soll nur Menschen zugute kommen, die keine Hilfe zur Pflege erhalten. Diese Einordnung ist jedoch absolut willkürlich, vielleicht gar ausgewürfelt (siehe Titelbild). Realistisch betrachtet, kommt diese „Verbesserung“ so gut wie nirgends an. Denn ich, der ich keinerlei Hilfe an mir benötige, sondern Hilfe im Haushalt, beim Einkauf etc. bekomme Hilfe zur Pflege. So wird praktisch jeder behinderte Mensch wenigstens einen kleinen Teil an Hilfe zur Pflege erhalten und damit diesen „Verbesserungen“ hinterher schauen, sollte dieser Entwurf Gesetz werden.

Hinzu kommt, dass der Staat heute schon als „Erträge“ aus unserer Enteignung 12 Millionen jährlich einnimmt und dafür 500 Millionen zur Verwaltungskosten investiert. Reduzieren sich die 12 Millionen

auf 10, bleiben die 500 Millionen dennoch, weil der erforderliche Apparat ja weiterhin alles überwachen muss. Der Verschwendungszähler von Forsee zählt seit dem 1. Dezember 2011 bis heute 2,1 Milliarden Euro rausgeschmissener Steuergelder. Rausgeschmissen ist nicht der richtige Ausdruck, die Milliarden der BürgerInnen werden dazu missbraucht, BürgerInnen davon abzuhalten, ihre Rechte auch in Anspruch zu nehmen.

Natürlich können wir uns auch an das Wort von Peter Struck erinnern, dass kein Gesetz das Parlament so verlässt, wie es reingekommen ist. Aber auch ein Peter Struck hat sich mehrfach geirrt. Außerdem: Es ist erschütternd, wie resistent man sich im BMAS an der Fürsorge des letzten Jahrhunderts festklammert und alle Erkenntnisse der letzten sechs Jahre über Bord wirft. Das sind Menschen, die einen Eid auf die Verfassung geleistet haben und von Steuermitteln bezahlt werden!

Daniel Wilms, ein CDU-Provinzpolitiker aus Koblenz, machte mit einem behindertenfeindlichen Kommentar gegen Malu Dreyer von sich reden. Er schrieb in Facebook, Dreyer, die ab und zu den Rollstuhl benutzt, weil sie multiple Sklerose hat, solle „Erwerbsminderungsrente beantragen und abtreten“. Sie wolle auf der „behinderten Mitleidsschiene“ Wahlkampf machen. Und „Nach der Rückkehr von einem akuten Krankenhausaufenthalt und mehrwöchiger Reha sowie anerkannter Behinderung von 30 % GdB fielen mir diese für ein hoheitliches Amt unwürdigen Bilder auf!“. Frau Dreyer macht im Rollstuhl einen würdigeren Eindruck als dieser geifernde, hoffentlich zukünftige Ex-Politiker. Solche Menschen werden in Parteien groß, kommen in

den Vorstand von Ortsverbänden. Empfehlen die sich mit einer solchen Einstellung für höhere Aufgaben? War das der einzige Fehler des Herrn Wilms, dass er diese Einstellung öffentlich bekundet hat? Fast könnte man es meinen, wenn man das andere Ende der Karriereleiter anschaut.

Wir sind gespannt, wie der offizielle Gesetzentwurf des BMAS der Regierung präsentiert wird und wie sich diese hierzu verhält. Ich denke, dass sich die Regierung eher ihrer Verantwortung bewusst ist und sich an die gegebenen Versprechen erinnert. Am Ende haben dann unsere Volksvertreter das letzte Wort. Sie sollten sich dessen bewusst sein, dass unsere verfassungsmäßigen Grund- und Menschenrechte unverhandelbar sind. Ein Gesetz, das sie zu brechen versucht, wird zum Scheitern verurteilt sein. Für den Fall, dass unser Bundespräsident dies nicht erkennen sollte, sind wir gerne bereit, ihn dabei im Vorfeld zu unterstützen.

Wir haben eine neue Zeichnerin für unsere Titelzeichnung gefunden. Wir danken Gitta Goletz aus Würzburg und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.

Es wird ein aufregendes Frühjahr. Ich hoffe, Sie können es dennoch etwas genießen.

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Bartz
Vorsitzender

Im Gespräch mit Wolfgang Schäuble

kobinet-nachrichten am
07. Januar 2016
von Ottmar Miles-Paul



Heinrich Buschmann und Wolfgang Schäuble © Daniel Sanchez

Das Bundesfinanzministerium und damit dessen Minister Wolfgang Schäuble hat eine Schlüsselposition darin inne, was im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes erreichbar und machbar sein wird. Heinrich Buschmann von Mobil mit Behinderung hatte beim CDU-Parteitag in Karlsruhe die Möglichkeit, mit Wolfgang Schäuble länger über die Behindertenpolitik zu sprechen. Im kobinet-Interview schildert er seine Eindrücke.

kobinet-nachrichten: Auf dem Parteitag der CDU in Karlsruhe hatten Sie die Möglichkeit, länger mit Wolfgang Schäuble zu sprechen. Wie kam dieses Treffen zustande und welche Themen konnten Sie ansprechen?

Heinrich Buschmann: Als Vorsitzender der IDM-Stiftung wurde ich als Gast zu diesem Parteitag eingeladen. Ein wichtiger Termin, um spontan direkte Dialoge führen

Nichts über uns ohne uns!

zu können. Bundesratspräsident Tillich übermittelte meine Bitte um ein persönliches Gespräch an Wolfgang Schäuble. Ich kenne Herrn Schäuble von einem früheren Gespräch, denke, dass er sich daran erinnerte.

In unserem Gespräch ging es um die Abschaffung der Einkommens- und Vermögensanrechnung, die spezielle Rolle der Partner von Lebensgemeinschaften und das Thema Wirtschaftsfaktor Mensch mit Behinderung. Ich habe dem Bundesfinanzminister versucht zu erklären, dass durch die Bedarfe behinderter Menschen ein Bruttosozialprodukt erwirtschaftet wird, welches höher ist, als die Kosten, die durch ihn verursacht werden, somit der immer wieder vorangestellte Kostenvorbehalt keine Gültigkeit hat.

kobinet-nachrichten: Haben Sie das Gefühl, dass Ihre Argumente beim Bundesfinanzminister angekommen sind?

Heinrich Buschmann: Nun, diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Lassen Sie es mich so formulieren. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass der Mensch Schäuble meine Worte wohl verstanden hat. Seine wirklich fundierte Argumentation zeigte mir, dass er die Tragweite und Auswirkung erkannt hat. Meine, am Gespräch beteiligte, Assistentin hat mit ihren Worten wohl sein Herz getroffen. Selten habe ich Herrn Schäuble so „menschlich“ gesehen.

Um Ihre Frage dennoch zu beantworten, Herr Schäuble ist sich der besonderen Lage von Menschen mit Assistenz bewusst, inwieweit der Bundesfinanzminister von seinen Zielen der „schwarzen Null“ ablässt, wage ich zu bezweifeln. Er gab meiner Argumentation, dass

eine Behinderung nicht in die Armut führen darf, recht und dass es nicht sein kann, dass sich Menschen mit Assistenzbedarf schlechter stellen als ein vergleichbarer nichtbehinderter Kollege. Arbeit muss sich lohnen - darüber waren wir uns beide einig. Ebenso über die Stellung des Lebenspartners, der nicht die Rolle der Assistenz und als erwerbstätiger Lebenspartner gleichzeitig übernehmen kann.

Schwer tat er sich mit einer generellen Regelung. O-Ton von Wolfgang Schäuble: „Wenn wir hier Tor und Tür öffnen, kommen Milliarden auf uns zu“ - aber, so Schäuble nach diesem Dialog „Herr Buschmann, sie haben mich sensibilisiert“. Bleibt zu hoffen, dass er sich dies wirklich zu Herzen nimmt.

kobinet-nachrichten: Gibt es Nachfolgegespräche mit Herrn Schäuble bzw. seinem Ministerium, die sich aus dem Zusammentreffen in Karlsruhe ergeben?

Heinrich Buschmann: Nun, bereits nach unserem ersten Treffen vor einem Jahr folgte ein sehr persönlicher Brief, indem mir Herr Schäuble die Fortsetzung unseres Dialogs zusicherte. In unserem nun sehr langen Gespräch habe ich ihn um ein Treffen in Berlin gebeten. Mal sehen, vielleicht kann ich ihn zur Teilnahme am Protesttag der Menschen mit Behinderung am 4. Mai 2016 überzeugen. Sicherlich werde ich mit ihm in Verbindung bleiben.

kobinet-nachrichten: Vielen Dank und viel Erfolg.



Verzögerungstaktik als Handlungsprinzip

kobinet-nachrichten am
14. Januar 2016
von Gerhard Bartz



Monika Natrup © Monika Natrup

Die Bundesregierung begründet die Verzögerung bei der Vorlage des ersten Gesetzentwurfes für ein Teilhabegesetz damit, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) derzeit mit der Flüchtlingsproblematik überlastet sei. Monika Natrup vom Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen ForseeA e.V. bezeichnet dies als fadenscheinig, denn sie ist überzeugt, dass der Entwurf nach über sechs Jahren Vorlauf längst fertig in einer Schublade des Ministeriums liegt. kobinet-Redakteur Gerhard Bartz befragte Monika Natrup, die im April letzten Jahres in den ForseeA-Vorstand gewählt wurde.

kobinet: Was macht Sie so sicher?

Monika Natrup: Das Ministerium weiß seit dem Koalitionsvertrag, dass es liefern muss. Die dortige

Festlegung, dass durch das Teilhabegesetz keine neue Ausgabendynamik entsteht, war bereits falsch, ehe sie im Papier stand. Wenn die Verletzung unserer Menschenrechte keine „Erträge“ brächten, warum finden die dann sonst statt? Es fanden unzählige Veranstaltungen statt, die zur Meinungsbildung des BMAS dienten. Gleichzeitig weiß man dort auch, dass ein Gesetz, das gegen den Artikel 4 der Behindertenrechtskonvention verstößt, keine Gültigkeit erlangen kann und darf.

kobinet: Die Forderungen an das Teilhabegesetz werden lauter.

Monika Natrup: Ja, endlich! War lange Zeit nur die unsägliche Einkommens- und Vermögensanrechnung Ziel der Angriffe, verbreitert sich die Aufmerksamkeit nun auch auf die strukturelle Gewalt, die durch viele Kostenträger gegenüber Menschen mit Bedarf an Nachteilsausgleichen ausgeübt wird. Alle Menschen werden mit ihren elementaren Menschenrechten geboren. Ab dem Eintritt einer Behinderung gelten wesentliche Teile dieser Rechte plötzlich nicht mehr. Diese müssen wir uns nun zurückerkämpfen.

kobinet: Zum Beispiel?

Monika Natrup: Wir wollen inmitten der Gesellschaft leben. Dies bedeutet, dass uns die Gesellschaft auch entgegen kommen muss. Wir müssen in die Lage versetzt werden, im Rahmen der uns verbliebenen Möglichkeiten in dieser Gesellschaft zu leben. Sachbearbeiter von Kostenträgern, die von uns beispielsweise verlangen, aus Kostengründen auf dem Toilettenstuhl den Vormittag am Küchentisch zuzubringen, sind auf ihrem Arbeitsplatz eine glatte Fehlbesetzung. Sie

entziehen uns unsere Freiheit und greifen unsere Würde an.

kobinet: Das sind keine Einzelfälle?

Monika Natrup: Nein, ganz und gar nicht. Wenn Kostenträger sparen wollen, ist kein Argument zu absurd. ForseA stellt dies mit einer Sammlung von Geschichten aus Absurdistan unter Beweis. Man kann getrost davon ausgehen, dass diese nur die Spitze des Eisberges darstellen. Die Dunkelziffer der Diskriminierungen durch Behörden ist mit Sicherheit sehr, sehr groß. Denn viele Bürger geben angesichts der massiven staatlichen Gewalt einfach auf. Das ist ja auch das Ziel dieser Kostenträger.

kobinet: Anscheinend soll es hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensanrechnung ein Entgegenkommen des BMAS geben.

Monika Natrup: Im SPIEGEL dieser Woche ist zu lesen, dass Forderungen nach einer Katzensteuer analog zur Hundesteuer abgelehnt werden, da deren Erhebung teurer sei als die erwarteten Einnahmen. Vor wenigen Tagen hat der Verschwendungszähler auf der ForseA-Homepage, der seit dem 1.12.2011 die verschwendeten Steuergelder durch die Einkommensanrechnung zählt, die Zwei-Milliarden-Grenze durchbrochen. Basis der Berechnung ist, dass der Staat für 12 Millionen Ersparnisse im Jahr 500 Millionen Euro an Verwaltungskosten ausgibt.

kobinet: Wenn nun die Einkommens- und Vermögensfreibeträge angehoben werden ...

Monika Natrup: ... dann bleibt der Prüfungsaufwand gleich, die

Ersparnisse reduzieren sich. Da könnte die Katzensteuer locker mitgehalten.

kobinet: Angesichts dieser Zahlen stellt sich die Frage, was eine Teillösung in der Abrechnung noch bringen soll.

Monika Natrup: Die Behindertenrechtskonvention regelt unsere Rechte, die an keiner Stelle über die allgemeinen Menschenrechte hinausgehen. Dass der Gesetzgeber von der Anrechnung nicht abrücken will, beweist, dass er nicht beabsichtigt, behinderten Menschen ihre Rechte zurückzugeben. Dabei ist es ihm auch egal, dass er damit fortgesetzt gegen unsere Grundrechte verstößt. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass es möglich ist, dass bestehende Gesetze gegen den Artikel 3 unseres Grundgesetzes verstoßen. Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

kobinet: ForseA verlangt ein faires Teilhabegesetz. Was ist darunter zu verstehen?

Monika Natrup: Das haben wir in einem Papier zusammengefasst. Wir freuen uns, dass sich eine zunehmende Anzahl von Menschen und Vereinen der Auffassung anschließen, dass das Teilhabegesetz eine Vielzahl von Diskriminierungen beseitigen muss, damit es seinem Namen gerecht wird. In dieser Woche berichtete der Bayerische Rundfunk ausführlich über einige dieser Diskriminierungen. So schilderte unter anderem auch Andreas Vega vom VbA München zahlreiche Schwierigkeiten, denen behinderte Menschen begegnen. Für mich ist es ein Unding, dass